

## INHALT

1. Abschluss des Jahreshaushalts 2013 erstmals seit 1962 positiv
2. Kritik an Pflegekammer nimmt zu
3. Landesregierung stellt bereits sieben zusätzliche Denkmalschützer ein
4. EU-Parlament verabschiedet EU-Konzessionsrichtlinie
5. Geburtshilfe auf Sylt
6. Ausblick auf die kommende Landtagsdebatte

17.01.2014

### **Abschluss des Jahreshaushalts 2013 erstmals seit 1962 positiv** **Problem des Haushalts bleibt die Ausgabenseite**

In dieser Woche hat Finanzministerin Monika Heinold den Haushaltsabschluss des Jahres 2013 vorgestellt. Die Steuereinnahmen lagen um etwa 375 Millionen Euro über der Planung. Für Zinsen gab das Land 110 Millionen weniger aus, als vorgesehen. Erstmals seit 1962 kommt das Land deshalb ohne neue Schulden aus und kann 115 Millionen Euro zurückzahlen.

„Das ist ohne Frage ein tolles Ergebnis für das Land. Die Zahlen belegen jedoch auch, dass der gute Jahresabschluss nicht wegen, sondern trotz der rot-grün-blauen Haushaltspolitik erreicht wurde“, erklärte CDU-Haushaltsexperte Tobias Koch, der nun einen Tilgungsplan für die Altschulden des Landes forderte. Finanzministerin Heinold müssten jetzt Ziele gesetzt werden, durch welche Schritte und in welchen Zeiträumen der verbleibende Schuldenberg von etwa 27 Milliarden Euro zurückgezahlt werden solle.

Das Problem des Haushalts sieht Koch eindeutig auf der Ausgabenseite. Eine genauere Analyse zeige, dass die Landesregierung keine Ausgaben reduziert und deshalb keine Politik der Haushaltskonsolidierung betrieben habe. Die konsumtiven Ausgaben für Zuwendungen und Zuschüsse sowie für Verwaltungstätigkeiten hätten im Haushaltsvollzug die ohnehin schon erhöhten Soll-Ansätze sogar noch einmal übertroffen.

„Die von SPD, Grünen und SSW beschlossenen Gesetze führen stattdessen zu Mehrausgaben im zweistelligen Millionenbereich und zusätzlichem Verwaltungsaufwand. Das ist der falsche Weg. Schleswig-Holstein wäre besser dran, wenn mehr Geld für Investitionen in die Landesstraßen und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur fließen würde, so wie es die CDU mehrfach gefordert hat“, betonte Koch angesichts der auf 7,5 Prozent gesunkenen Investitionsquote.

Der Jahresabschluss beweise darüber hinaus, dass im Rahmen der genehmigten Haushaltsansätze eine faire und zeitgleiche Besoldungsanpassung für die Beamtinnen und Beamten sehr wohl möglich gewesen wäre. Die Personalausgaben hätten den beschlossenen

Haushaltsansatz um 75 Millionen Euro unterschritten.

"Frau Heinold sollte sich schämen. Ich habe bereits im März 2013 in ihrem Personalbudget eine Reserve von etwa 80 Millionen Euro für die Erfüllung des Tarifabschlusses identifiziert. Heinold hat bis zuletzt das Gegenteil behauptet und mit dieser Begründung den Beamten ihr Geld mutwillig vorenthalten. Der Abschluss beweist endgültig: Die Regierung hätte gekonnt, sie wollte nicht", so Koch abschließend.

Link zu den wesentlichen Ergebnissen des Jahresabschlusses:

<http://www.landtag.ltsh.de/infothek/wahl18/umdrucke/2200/umdruck-18-2281.pdf>



Tobias Koch, MdL

---

### **Kritik an Pflegekammer nimmt zu** **Landtag beschäftigt sich mit umstrittenen Plänen der Landesregierung**



Katja Rathje-Hoffmann, MdL

In dem Streit um die geplante Pflegekammer in Schleswig-Holstein haben sich nun auch die privaten Pflegeanbieter aktiv eingeschaltet. Auf einer Pressekonferenz am Donnerstag (16. Januar 2014) sprachen sich Vertreter des Bundesverbandes privater Anbieter sozialer Dienste e.V. (bpa) entschieden gegen die Pläne der Landesregierung aus.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion, Katja Rathje-Hoffmann, erneuerte ihre Kritik an der umstrittenen Pflegekammer und forderte die Landesregierung auf, die Pläne

endlich zu begraben. Die CDU-Fraktion hatte bereits in der vergangenen Woche das Thema für die kommende Landtagssitzung angemeldet und einen entsprechenden Antrag formuliert, dem sich nun auch die PIRATEN-Fraktion angeschlossen hat.

„Die Kritik ist eindeutig: die Mehrheit der Pflegekräfte im Land will keine Pflegekammer. Ich fordere die Landesregierung daher auf, unserem Landtagsantrag in der kommenden Woche zuzustimmen. SPD, SSW und Grüne wären gut beraten, den Willen der Pflegekräfte endlich ernst zu nehmen anstatt sie mit Zwangsmitgliedschaften, Zwangsbeiträgen und Zwangsförderungen finanziell zu belasten“, erklärte Rathje-Hoffmann.

Weiterer Kritikpunkt: Eine Pflegekammer führt zu keiner Verbesserung in der Pflege, da sie nichts an den dringendsten Problemen – Personalausstattung und Fachkräftemangel – ändern kann.

Link zum Antrag der CDU und der Piraten:

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s2&user=guest>

---

### **Landesregierung stellt bereits sieben zusätzliche Denkmalschützer ein Im Herbst soll das neue Denkmalschutzgesetz in Kraft treten**

Kulturministerin Anke Spoorendonk hat in dieser Woche den Referentenentwurf für ein neues Denkmalschutzgesetz vorgestellt. Das 50 Seiten umfassende Gesetz geht nun in die Verbandsanhörung des Kabinetts.

Die Landesregierung hat allerdings bereits sieben neue Stellen bei der Denkmalschutzbehörde ausgeschrieben. Die zusätzlichen Mitarbeiter sollen schon anfangen, 16.000 noch nicht gelistete Denkmäler ins Denkmalsbuch einzutragen. Nach dem Inkrafttreten des Gesetzes gelten dann auch für diese besondere Schutz- und Erhaltungspflichten.

Der kulturpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Peter Sönnichsen, wies auf den erheblichen zusätzlichen Aufwand für die Eigentümer und die unteren Denkmalschutzbehörden hin. „SPD, Grüne und SSW schaffen auch im Denkmalschutz völlig unnötigerweise zusätzliche Bürokratie. Dabei war das der Bereich, wo Ministerpräsident Albig die Verwaltungen und auch die Eigentümer entlasten wollte“, so Sönnichsen.

Der CDU-Abgeordnete bemängelte darüber hinaus, dass die Landesregierung in ihrem Entwurf eine Kostenerstattung für den durch das Gesetz verursachten zusätzlichen Aufwand (Konnextität) der unteren Denkmalschutzbehörden ausschließt. „Die unteren Denkmalschutzbehörden der Kreise und die betroffenen Eigentümer sollen nach dem Willen der Landesregierung auf ihren Kosten sitzen bleiben“, so Sönnichsen.

Auch der Verband "Haus & Grund" Schleswig-Holstein forderte die Ministerin auf, „von den bürgerfeindlichen, kostenrächtigen und unnötigen Änderungen des Denkmalrechtes abzurücken“. Nach dem Regierungsentwurf sollten auf einen Schlag 16.000 neue Denkmale unter Schutz gestellt werden.

Die für zwei Jahre eingerichteten sieben Stellen reichten dafür absehbar nicht aus, erklärte der Verbandsdirektor von "Haus&Grund" Hans-Henning Kujath. „Nicht eingeplant sind dabei die weiteren Personalkosten für Genehmigungen bei baulichen Veränderungen, wie zum Beispiel den Einbau neuer Fenster oder energetische Modernisierungsmaßnahmen“, so Kujath. Es sei darüber hinaus nicht nachvollziehbar, dass die Ministerin einerseits von gemeinsamen Aufgaben des Denkmalschutzes spreche und andererseits das bisherige Widerspruchsverfahren

abschaffe. Eigentümer könnten sich nur noch durch eine Klage gegen die Eintragung wehren.

Die Industrie- und Handelskammer Schleswig-Holstein warnte vor einer Beeinträchtigung der Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen durch die Neufassung. Wenn beispielsweise bei Um- und Erweiterungsbauten aufgrund von Denkmalschutzauflagen das produzierende Gewerbe betroffen sei, werde es besonders problematisch.



Peter Sönnichsen, MdL

---

## **EU-Parlament verabschiedet EU-Konzessionsrichtlinie** **Gute Nachricht für Schleswig-Holsteins Wasserversorgung und Notfallrettung**



Astrid Damerow, MdL

Das Europäische Parlament hat am Mittwoch (15. Januar 2013) die lang umstrittene Richtlinie zur Konzessionsvergabe in einer überarbeiteten Form verabschiedet. Die europapolitische Sprecherin Astrid Damerow zeigte sich erfreut über den gefundenen Kompromiss: „Damit bleiben die Wasserversorgung als auch die Notfallrettung in kommunaler Hand. Dank des Europäischen Parlamentes ist es gelungen, den Wassersektor und die Rettungsdienste aus der Richtlinie herauszunehmen“, betonte Damerow.

Mit der überarbeiteten Konzessionsrichtlinie wird das europäische Vergaberecht neu geregelt. Ziel ist es, Rechtssicherheit für die Teilnehmer an Konzessionsverfahren zu schaffen und widersprüchliche nationale Regelungen in Einklang zu bringen.

„Die neue Richtlinie schafft zum einen den notwendigen Ermessensspielraum für die öffentlichen Stellen, gleichzeitig eröffnet sie Unternehmen neue Marktchancen“, unterstrich Damerow.

Die CDU-Fraktion hatte sich zuvor im Landtag dafür eingesetzt, dass die Wasserversorgung in kommunaler Hand bleibt.

---

### Geburtshilfe auf Sylt

#### Es sind noch nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft

Die Zukunft der Geburtshilfe auf der Insel Sylt war Gegenstand der gestrigen (16. Januar 2014) Sitzung des Sozialausschusses im Landtag. Für die Landesregierung berichtete Sozial-Staatssekretärin Anette Langner über die geführten Gespräche mit Ärzten, Hebammen und dem Klinikkonzern Asklepios. Ihr Fazit: Das Sozialministerium sehe keine Zukunft für eine Geburtshilfe auf der Insel.

Die sozialpolitische Sprecherin der CDU-Fraktion, Katja Rathje-Hoffmann, forderte die Landesregierung daraufhin auf, weiter nach Lösungen zu suchen: „Ich habe kein Verständnis für die Resignation der Landesregierung. Die Landesregierung muss weiter nach Möglichkeiten einer qualitativ angemessenen und zuverlässigen Geburtshilfe auf Sylt suchen.“

Dieser Ansicht war auch die Sylter Bürgermeisterin Petra Reiber, die zusammen mit Sylter Hebammen und Kommunalpolitikern nach Kiel gekommen war, um die Sitzung des Sozialausschusses zu verfolgen.

Die nordfriesische Abgeordnete Astrid Damerow unterstrich: „Wir unterstützen die Forderung der Sylter Bürgermeisterin, die Flinte nicht zu früh ins Korn zu werfen. Die Landesregierung muss die Gespräche wieder aufnehmen und alle Beteiligten an einen Tisch holen.“

Die Sylter Geburtshilfe war Ende letzten Jahres geschlossen worden. Versuche der Landesregierung, andere Lösungen zu finden, sind bislang gescheitert.



v.l. Astrid Damerow, Katja Rathje-Hoffmann, Bürgermeisterin Petra Reiber, Hebamme Alexandra Bruns und Heike Franzen

---

## **Ausblick auf die kommende Landtagsdebatte**

### **Schulgesetz, Netzausbau und digitaler Polizeifunk auf der Tagesordnung**

In der kommenden Woche (22. bis 24. Januar 2014) kommt der Schleswig-Holsteinische Landtag zur 17. Plenartagung zusammen.

Im Mittelpunkt wird die Zweite Lesung des Schulgesetzes stehen. Die CDU-Fraktion hat einen eigenen Änderungsantrag zum Entwurf der Landesregierung auf den Weg gebracht.

Weitere Themen sind die von SPD, GRÜNEN und SSW geplante Reform der Landesplanung, die aktuellen Probleme beim landesweiten Digitalfunk der Polizei, der Streit in der Regierungskoalition zum Netzausbau in Ostholstein sowie die umstrittene Einrichtung einer Pflegekammer.

Link zum Gesetzesentwurf zum Thema Schulgesetz:

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s2&user=guest>

Link zum Antrag der CDU zum Thema Landesplanung:

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s5&user=guest>

Link zum Bericht der Landesregierung zum Thema Digitalfunk:

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s3&user=guest>

Link zum Antrag der CDU zum Thema Netzausbau

<http://www.landtag.ltsh.de/ltsh/app/infothek?execution=e1s4&user=guest>

---

V.i.S.d.P

CDU-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag

Dirk Hundertmark, Pressesprecher

Tel.: 0431/988-1440

[dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de](mailto:dirk.hundertmark@cdu.ltsh.de)